

# **Psychofolgen bis heute: "Zersetzungs"-Opfer der DDR-Geheimpolizei**

**Stefan Trobisch-Lütge**

07.10.2016 / 16 Minuten zu lesen

**Einschüchterung von Andersdenkenden war ein zentrales Ziel der Stasi. Dies geschah nicht nur durch Inhaftierung, sondern auch durch subtile Methoden der "operativen Psychologie". Die Nachwirkungen spüren Opfer bis heute.**



Auch die Freude über die errungene Freiheit durch die Friedliche Revolution 1989 hat für viele Stasiopfer ihre erlittenen Traumata nicht ausgleichen können. Sie leiden noch heute. Das Stasifoto stammt aus dem Oktober 1989 in Halle. (© BStU, MfS, BV Halle, BdL, Fo 1, Bild 2)

Mit dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung wurden die Ausmaße politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR deutlich. Die Angaben über die Anzahl der Menschen, die zwischen 1945 und 1989 in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR seelischer und körperlicher Misshandlung in Zusammenhang mit politischer Verfolgung ausgesetzt waren, reichen von "170.000 bis 280.000 Menschen" (Pfüller et al., 2008) bis hin zu "über 300.000" (vgl. Frommer, 2002b; Freyberger et al., 2003).

Es können vier verschiedene Verfolgungsphasen beschrieben werden:

Die **erste** Phase erstreckte sich von 1945 bis 1949. Am Beginn der Verfolgung stehen die von der Sowjetunion betriebenen Speziallager und Gefängnisse der sowjetisch besetzten Zone von 1945 bis 1950 (vgl. z.B. Gneist & Heydemann, 2002).

Von den ca. 127.000 Häftlingen starb etwa ein Drittel in Haft, mehr als 700 wurden hingerichtet (vgl. Müller, 1998).

Die **zweite** Phase umfasste den Zeitraum von 1949 bis 1972. Gerade die Zeitspanne von 1949 bis 1953 war dabei durch Einschüchterung und Inhaftierung Andersdenkender, lange Haftstrafen und extreme Haftbedingungen gekennzeichnet: körperliche Übergriffe, tages- und nächtelange Verhöre, Isolationshaft, Steh- und Wasserkarzer sowie Mangel- bzw. Unterernährung. Nicht selten wurden in den Gefangenen Todesängste geweckt und mit Todesandrohung gearbeitet, um Geständnisse zu erpressen. Danach kam es durch die zunehmende Einbindung in internationale Abkommen zu einer schrittweisen Verbesserung. Nach dem Mauerbau galten als Verfolgungsgründe versuchte Republikflucht, angebliche Spionagetätigkeit, Herabwürdigung des Staates oder Aufbau und Unterstützung staatsfeindlicher Organisationen.

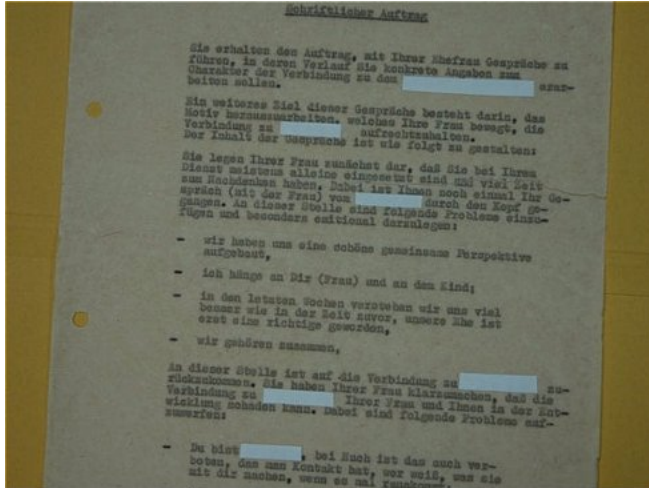
In der **dritten** Phase von 1972 bis 1989 wurden körperliche Übergriffe seltener, es wurde die subtilere Methodik der psychologischen Folter eingesetzt, um ein Geständnis über staatsfeindliche Machenschaften zu erzwingen oder Informationen über andere Verdächtige zu gewinnen. Gewaltandrohung und physische Quälerei gingen zurück. Bemüht um internationales Ansehen und um den Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen auszuräumen, ging die DDR stattdessen immer mehr zu "unsichtbaren" Druckmitteln über.

Dazu wurde mit dem Fach "Operativen Psychologie" (Behnke & Fuchs, 1995; Freyberger et al., 2003) an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam-Golm ein eigener Lehrstuhl gegründet. Hier wurden auch Doktorarbeiten verfasst, die sich mit Maßnahmen zur Zersetzung von Staatsfeinden beschäftigten.

Als **vierte** Phase fasst Maercker (1995) die Zeit nach der Friedlichen Revolution von 1989 bis heute mit einer Überversorgung der Täter und einer Unterversorgung der Opfer.

# Zersetzung und politische Haft

Die DDR war in einem so umfassenden Maße geheimpolizeilich überwacht, wie noch keine andere europäische Gesellschaft zuvor. Private und öffentliche Personen gleichermaßen waren inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie bespitzelten und wurden bespitzelt. Ein feines Netz aus Misstrauen, Kontrolle und Angst entstand.



Spitzelaufträge, die in den Wahnsinn treiben konnten: MfS-Strategie aus dem Jahr 1976 für einen Ehemann, der seine Frau aushorchen sollte. Das Dokument wurde zerrissen in einem Papiersack mit zur Verbrennung vorgesehenen Stasiakten gefunden und in der Stasi-Unterlagen-Behörde rekonstruiert. (© DVD BStU-kompakt)

setzte die Allmacht des Staates über Gesellschaft und Individuum voraus. So waren auch alle Zweige des Staatsapparates prinzipiell zur Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet.

Die Mitarbeiter der Stasi setzten zunächst im privaten Umfeld des vermeintlichen Staatsfeindes an. Die Zielperson sollte zunächst in ihrem persönlichen Erleben verunsichert werden. So brachen Stasileute mehrmals heimlich in die Privatwohnung ein, entfernten nach und nach Gegenstände oder stellten sie um – damit der Bewohner allmählich anfang, an seinem Verstand zu zweifeln. Telefone wurden abgehört, Wohnungen zu Abhörzwecken verwandelt.

Die Überwachung der Privatheit wurde nicht selten von Menschen durchgeführt, die Teil dieser Privatheit waren. "Zersetzung" bezeichnet eine Methode des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR zur Bekämpfung vermeintlicher und tatsächlicher Gegner vor, während, nach oder an Stelle einer Inhaftierung. Die Zersetzung war ein rein psychologisches Unterdrückungsinstrument, welches das Selbstwertgefühl des Menschen untergraben, Panik, Verwirrung und Angst erzeugen sollte. Zersetzung

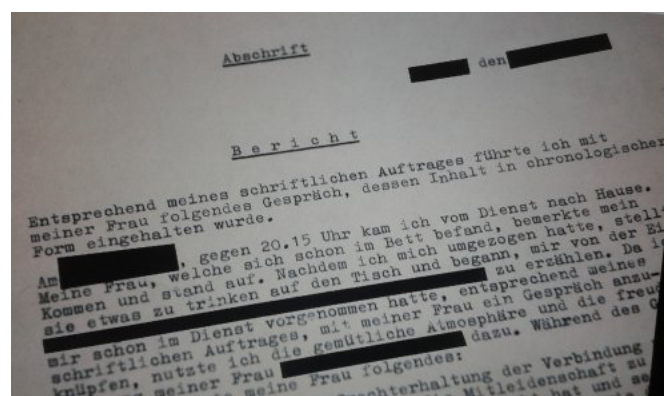
# Gezieltes Eindringen in das persönliche Umfeld

Auch das Eindringen in persönliche Beziehungen gehörte zum Repertoire der Stasi. Dabei ging es um und die Zerstörung der privaten und familiären Beziehungen.

Durch gestreute Gerüchte, etwa über angebliche außereheliche Beziehungen, sollte Misstrauen geschürt werden. Darüber hinaus wurden durch Diffamierungen und Benachteiligungen berufliche Misserfolge organisiert. Bei feindlichen Gruppen zielte die Zersetzung auf Zersplitterung, Lähmung und Desorganisation, bei einzelnen Personen auf soziale Isolierung, psychologische Verunsicherung und öffentliche Rufschädigung. Die Zersetzungsmaßnahmen waren immer auf die besondere Persönlichkeitsstruktur der Zielperson ausgerichtet, fokussierten auf die jeweiligen Schwachpunkte der sogenannten "Feinde des Sozialismus".

Ziel war es, den Betroffenen zur permanenten Beschäftigung mit sich selbst zu veranlassen, die Persönlichkeit Andersdenkender und der Gegner des Sozialismus durch die psychische Zersetzung grundlegend zu destabilisieren und feindliche Ideologien zu bekämpfen (Behnke & Fuchs, 1995). Dies wurde soweit betrieben, dass sich manche der Betroffenen das Leben nahmen.

"Die Folgen dieser denunziatorischen Zerstörung von Vertrauen und Solidarität in Gruppen bzw. von Selbstvertrauen, beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen waren für die Betroffenen mitunter katastrophal, gerade weil sie psychologisch ausgeklügelt, im geheimen Zusammenwirken des MfS mit ihren inoffiziellen Mitarbeitern sowie staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen umgesetzt wurden und teilweise noch bis heute nachwirken" (Süß, 1999, S. 684).



Nur wenige Tage nach Erteilung seines Spitzelauftrags als Ehemann, der seine eigene Frau aushorchen soll, berichtet der IM seinem Führungsoffizier, dass er die "gemütliche Atmosphäre" zuhause und die "freudige Stimmung" seiner Ehefrau effektiv zur Informationsgewinnung nutzen konnte. Für die Opfer eine schockierende Erfahrung: Die Loyalität gegenüber dem Führungsoffizier war größer, als zur eigenen Familie. (© DVD BStU-Kompakt)

Zersetzungsmaßnahmen außerhalb der Haftanstalten haben oftmals zu schweren psychischen Schädigungen geführt (vgl. Pingel-Schliemann, 2002). Auch wenn die Inhaftierung eine erschreckende Angelegenheit war, wusste der politisch Verfolgte nun zumindest, woran er war. Reine Zersetzungsoffer litten unter ständigen Verunsicherungen, Übergriffen und permanenter Ungewissheit.

# Stasi-Lehrthema "Operative Psychologie"

Die staatlich geplante Zersetzung basierte auf Konzepten der "Operativen Psychologie". Dieser Begriff wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR geprägt. Im Januar 1976 erließ der Minister für Staatssicherheit eine Richtlinie (Nr.1/76) "zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge" (OV), die definierte Zersetzungsmaßnahmen. Dabei griff der staatliche Sicherheitsapparat auf wissenschaftliche Methoden der Allgemeinen, Sozial- und Klinischen Psychologie und benachbarter Gebiete zurück, die gezielt zweckentfremdet wurden (Behnke & Trobisch, 1998).

Am Lehrstuhl für operative Psychologie in Potsdam-Golm lernten Führungsoffiziere psychologische Methoden der Geständnisgewinnung in U-Haft, Methoden der Bespitzelung im In- und Ausland und Strategien, IMs (inoffizielle oder informelle Mitarbeiter) zu gewinnen sowie auf Jugendliche einzugehen und deren Vertrauen zu erringen.

---

*Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.*

---

Psychologisches Lehrmaterial der Stasi-Hochschule Potsdam-Golm "über 'Objekte' tschekistischer Arbeit". Durch den Begriff "Objekte" wurden Feindpersonen entmenschlicht. Das sollte Stasi-Bedienstete von Skrupeln befreien. (© Bürgerkomitee 15. Januar e.V.)

Perfektioniert, weil konzentriert, hat das MfS jedoch seine Zersetzungsmaßnahmen in den Untersuchungsgefängnissen eingesetzt.

Vor der Inhaftierung war in der Regel eine gewisse Zuspitzung in den Repressionen zu beobachten. Die Verhaftung erfolgte überfallartig meist ohne Vorwarnung. "Eine nicht genau zu schätzende Anzahl von Inhaftierten wurde überraschend und

plötzlich verhaftet, wobei hier immer wieder eine Tendenz zu besonders intensiv ausgeprägten psychischen Folgeerscheinungen berichtet wird" (Freyberger et al., 2003). Der Verhaftete wurde stundenlang in einer winzigen Zelle in einem dunklen Transporter umher gefahren, bis er die Orientierung verloren hatte. Dann folgte plötzlich blendende Helligkeit, vollständiges Ausziehen, peinlich genaue Kontrolle sämtlicher Körperöffnungen, der Verlust des Namens im Tausch gegen eine Nummer, Einsperren in eine karge Zelle. Innerhalb der berüchtigten Untersuchungshaftanstalten der Staatsicherheit stand dann die Isolationshaft mit bestimmten Verhörmethoden im Zentrum. In der Isolationshaft wurden Gefangene in eine kahle Zelle, 2 mal 3 Meter, schallisoliert und ohne Fenster gesperrt. Tag und Nacht brannte grelles Neonlicht. Außer einer Pritsche mit einer Wolldecke, und einem stinkenden Kübel gab es in der Zelle nichts, keinerlei Beschäftigungsmöglichkeit. Die Regeln waren: Absolute Kontaktsperre nach draußen, Liegen auf der Pritsche nur nachts, keine Selbstgespräche, keine sportliche Betätigung, maximal fünf Schritte Gehen in jede Richtung.

## Gezielt erzeugte Angstzustände und völlige Resignation

Durch einen "Spion" in der Tür konnten Wärter das Verhalten jederzeit kontrollieren. Die Gefangenen waren der völligen Reizdeprivation preisgegeben. Je nach persönlicher Labilität treten in solchen Fällen bereits nach 48 Stunden Isolation deutliche Symptome auf: Verlust des Raum- und Zeitgefühls, Unvermögen, logisch zusammenhängend zu denken, Apathie, Depression, plötzliche Panikattacken bis hin zu schweren Halluzinationen. Ohne Sinnesstimulation aus der Umwelt droht dem Individuum die Gefahr, dass die Grenzen des Ichs verschwimmen. Auf diese Erfahrung reagierten viele Gefangene mit Angstzuständen oder völliger Resignation (Trobisch-Lütge, 2004). Zusätzlich

*Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.*

Die Stasi verfügte auch über 17 eigene Untersuchungshaftanstalten. Inhaftierte wurden dort lange im Unklaren gelassen, welcher Vergehen man sie konkret anklagen wollte und wie hoch ihre Strafen sein würden. Ziel war, sie psychisch zu zermürben. (© BStU (MfS, ASt. Gera, Abt. XIV 34, Bild 12))

wurden medikamentöse Manipulationen in der Haft vorgenommen. Manchmal mussten Gefangene so wochenlang auf ihr Verhör warten. Der einzige menschliche Kontakt war eine starrende, bedrohlich wirkende, anonyme Pupille.

Diese gezielte Isolation hatte System. Auch auf den Wegen zum Verhör wurde durch ein strenges Kontrollsystem darauf geachtet, dass Gefangene keinen anderen Inhaftierten zu Gesicht bekamen. Viele Gefangene berichteten, dass sie den quälenden Eindruck in sich verspürt hätten, sich nach Verhören zu sehnen. Es sei zu einer inneren Annäherung an die Peiniger gekommen. In der Stasi-Haft wurden bewusst Situationen der Ausweglosigkeit kreiert und das Gefühl extremer Hilflosigkeit erzeugt. Dieses Vorgehen wurde dann in den Vernehmungen der verfolgten Person mit staatsideologischen und pseudo-moralischen Abwertungen kombiniert. Damit sollten persönliche Beziehungsmuster dauerhaft verändert und der Glaube an die eigene Wahrnehmung gestört werden. Zudem sollte der Gefangene moralisch korrumpiert werden, indem er irgendwann zum Verrat von Informationen über andere Personen bereit war. Opfer von psychologischer Folter, wie sie regelhaft bei politisch Inhaftierten in der Ära Ulbricht und der Ära Honecker in der ehemaligen DDR zur Anwendung gekommen ist, waren also komplexen und aversiven Reizmustern ausgesetzt. Es kam zu Erniedrigungen, sowie zu traumatischen Bindungen an psychologisch gewiefte Vernehmer, die es verstanden, bei den Gefangenen Gefühle absoluter Ausweglosigkeit und Ohnmacht zu erzeugen. Verunsicherung in Hinblick auf das Wohl der eigenen Familie oder von politischen Freunden wurde bewusst herbeigeführt.

## **Auch sexuelle Übergriffe auf politische Gefangene**

Nach dem so erfolgten Erzwingen von Geständnissen kam es zur Verurteilung und Einweisung in die berüchtigten Zuchthäuser der DDR. Dort kam es regelhaft zu gewaltsamen, auch sexuellen Übergriffen auf politische Gefangene. Diese wurden häufig mit Schwerstkriminellen zusammengelegt. Häufig waren die politisch Inhaftierten Übergriffen des brutalen Wachpersonals ausgeliefert, das auch Koalitionen mit kriminellen Mitgefangenen einging. So wurden auch bei erzwungener Gefängnisarbeit kriminelle Mitgefangene zur Beaufsichtigung der



politischen Gefangenen abgestellt (vgl. Sachse, 2014). Bei politisch Verfolgten der SED-Diktatur können sich also folgende Belastungen addieren:

- Bespitzelung und Überwachung, Einbringen von Zersetzungsmaßnahmen mit dem Ziel der Verunsicherung und persönlichen Destabilisierung (Fuchs, 2009),
- Erzeugung tiefer Schamgefühle,
- Verhaftung und Isolationsfolter in der Untersuchungshaft der Staatssicherheit (Zahn, 2005),
- Trennung von Partner und Kindern,
- Sorge um das Wohl der eigenen Familie,
- Bedrohungsgefühle und Ängste um das eigene Leben und die eigene körperliche Unversehrtheit in Zusammenhang mit Angriffen auf die psychische und physische Gesundheit durch andere Häftlinge und/oder Gefängnispersonal bei nachfolgender Inhaftierung in einem Zuchthaus,
- Erzwingen von Gesundheit gefährdender Gefängnisarbeit, die von zivilen Arbeitern abgelehnt wurde; bei Nichtnormerfüllung weitere Bestrafung (Knorr, 2014)
- Retraumatisierungen durch Haftentlassung in die ehemalige DDR mit weiterer Überwachung
- Retraumatisierungen nach der Wiedervereinigung (z.B. Begegnungen mit ehemaligen Vernehmern),
- massives Unrechtsempfinden in Zusammenhang mit versorgungsrechtlichen Entscheidungen (Siegmund, 2002).

Einige der erwähnten Belastungsfaktoren werden auch als Methoden psychischer Folter definiert (Gurris & Wenk-Ansohn, 2009). Heutzutage weiß man, dass diese erwiesenermaßen nicht weniger traumatisierend als physische Folter ist.

# Verlängertes Inhaftierungsgefühl

Nach beendeter Inhaftierungszeit spielte eine zentrale Rolle, ob die Betroffenen in den Binnenraum der DDR entlassen wurden, oder direkt in die damalige Bundesrepublik Deutschland kamen. Von vielen Verfolgten ist von einem verlängerten Inhaftierungsgefühl nach Entlassung aus der Haft in die DDR berichtet worden (vgl. Behnke, Trobisch, 1998). Es wurde oft von weiteren Überwachungsmaßnahmen bzw. "erzieherischen Einflüssen« der Staatssicherheit berichtet. Nach der Haftentlassung war für eine Verfestigung der traumatischen Erfahrung entscheidend, ob es weitere familiäre Bindungen an die DDR gab, eventuell Angehörige zu leiden hatten. Besonders eklatante Beispiele sind die Zwangsunterbringungen der Kinder von inhaftierten oder ausgewiesenen Systemgegnern.

---

*Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.*

---

Stasiopfer mussten nicht nur fürchten, heimlich beschattet zu werden. Das Instrumentarium der Stasi zur Einschüchterung und Mundtotmachung Andersdenkender in der DDR war groß. (© BStU)

## (Spät)folgen von Zersetzung und politischer Haft

Häufig wird bei politisch Verfolgten der SED-Diktatur vor allem in versorgungsärztlichen Stellungnahmen der traumatisierende Einfluss von psychologischer Folter, Zersetzungsmaßnahmen der Stasi und extremen Erfahrungen in der politischen Haft unterschätzt und von der Diagnose "Posttraumatische Belastungsstörung" abgesehen. Mitunter werden Verarbeitungsbemühungen zum Beispiel im Zeitzeugenbereich – im Sinne eines nicht vorliegenden Vermeidungsverhaltens – fehlinterpretiert.

Die zu beobachtenden Symptomkomplexe sind jedoch nicht immer der klassischen Formel der Posttraumatischen Belastungsstörung oder der Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung zuzuordnen. Für Menschen, die über längere Zeit eine totalitäre Unterwerfung erlebt haben, wurde von Herman (1993) die Diagnose der Komplexen posttraumatischen Belastungsstörung

vorgeschlagen. Diese wurde als schwere, anhaltende Traumatisierung in das neue wissenschaftliche Klassifikationssystem "DSM-5" aufgenommen und soll 2017 auch Einzug in das neue Klassifikationssystem der Weltgesundheitsorganisation (WHO) "ICD-11" finden (Maercker et al., 2013). Bei DDR-Verfolgten lassen sich häufiger kumulative Traumata (Khan, 1963) beobachten. Bei einer größeren Gruppe von Verfolgten zeigen sich regelrechte "Verfolgtenkarrieren". Diese begannen häufig mit der Nichtanpassung an die sozialistischen Kollektive. Darauf folgte die extreme Begrenzung des Aktivitätsraums (Vergabe eines nur für bestimmte Regionen gültigen Ausweises, den PM 12), auch Unterbringung in Kinderheimen und/oder Jugendwerkhöfen. Nicht selten folgten Fluchtversuche mit Haftenweisung und häufiger weitere Stigmatisierung und Bestrafungen nach der Haftentlassung in die DDR. Nicht alle dieser Verfolgten zeigen allerdings das Vollbild einer Posttraumatischen Belastungsstörung, Angst- oder Anpassungsstörung, wie sie das deutsche Diagnosekürzel F43 umfasst.

## "Komplexen Traumafolgestörungen"

Eine überzeugende und auch für die Betroffenen politischer Verfolgung in der DDR passendere Beschreibung als bislang schlagen Sack und Kollegen (2013) mit den "komplexen Traumafolgestörungen" vor. Sie machen deutlich, dass Posttraumatische Belastungsstörungen mehr Verlaufsformen aufweisen können, als etwa die bisherige "Sk2"-Leitlinie zur Begutachtung psychischer und psychosomatischer Erkrankungen aufführt. Eine Reihe empirischer Studien belegen die seelischen Folgeschäden bei politisch Verfolgten in der ehemaligen DDR. (Priebe u.a. 1996; Freyberger u.a. 2003). So zeigte ein Großteil der Erkrankten typische Symptome einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTSD). In ihrer Dresden-Studie beleuchten Maercker & Schützwohl (1997) die Symptomatik sowie die verursachenden und aufrechterhaltenden Faktoren bei 75 ehemaligen politisch Inhaftierten der DDR. Bei einer Ersterhebung im Jahr 1994 waren 146 ehemalige politisch Inhaftierte der DDR befragt und mit einer Kontrollgruppe verglichen worden. Alle StudienteilnehmerInnen berichteten von traumatischen Erlebnissen (Folter, Gewalt, Einzelhaft etc.). Die PTBS bildete mit 29,1 Prozent die häufigste Traumafolgestörung.

In einer Folgestudie nach 15 Jahren (Maercker & Schützwohl, 2013) wurden 93 Personen der Ersterhebung erneut untersucht. Die PTBS-Prävalenzrate betrug 32,6 Prozent. Somit litt jeder dritte ehemalige politische Gefangene der DDR zum Befragungszeitpunkt nach wie vor unter den psychischen Folgen der Inhaftierung.

Zusammenfassend kann danach gesagt werden, dass posttraumatische psychische Prozesse nicht allein von den verursachenden traumatischen Ereignissen (z.B. Unerwartetheit der Verhaftung, Inhaftierungsdauer, Anzahl erschwerender Haftbedingungen) allein beeinflusst werden. Als mögliche Risikofaktoren wurden relative Jugend zum Zeitpunkt der Traumatisierung, frühere psychische Belastungen oder Störungen und der Grad innerer Schutzfaktoren ermittelt. Als Schutzfaktoren wurden Kohärenzsinn und positive emotionale Unterstützung ermittelt. Beschrieben wurde zudem ein Zusammenhang zwischen der Tendenz zur Fremdbeschuldigung und einer vermehrten Angabe von PTSD-Symptomen. Personen mit vermehrter Selbstbeschuldigung zeigten nach diagnostischer Einschätzung mehr PTSD-Symptome.

## **Ein Drittel der damals Inhaftierten bis heute depressiv**

Auch 26 Jahre nach der Wiedervereinigung leidet etwa ein Drittel der damals politisch Inhaftierten an einer PTBS. Darüber hinaus finden sich ein hoher Anteil depressiver Störungen und verschiedene Angsterkrankungen. Maercker und Kollegen (2013) stellen zudem fest, dass der Verlauf posttraumatischer Belastungsreaktionen sehr variabel ist. Häufiger verwiesen wird auch auf die über Inhaftierung hinausgehenden potenziell traumatisierenden Erlebnisse unter der totalitären Herrschaft der DDR, wie Zersetzungsmaßnahmen oder andere Formen politischer Repression (vgl. Pingel-Schliemann, 2002, Freyberger et. al. 2003, Trobisch-Lütge 2004). Besonders hingewiesen werden sollte darauf, dass den Betroffenen von DDR-Verfolgung zusätzlich eine hohe Anpassungsfähigkeit nach der Wiedervereinigung abverlangt wird. Bei den Opfern politischer Verfolgung in der DDR wird in verschiedenen Zusammenhängen eine erhebliche Selbstwertminderung beobachtet. Verbunden mit einem fast seismographischen Empfinden für Ungerechtigkeiten der Nachwendezeit neigen viele dieser Menschen zu massiver Unzufriedenheit und chronischer Verbitterung.

# Posttraumatische Verbitterungsstörung

So bestimmen auch Enttäuschungen über die juristische und moralische Aufarbeitung von DDR-Unrecht die Stimmung bei den politisch Verfolgten, die sich als erneute Verlierer im Prozess der Wiedervereinigung sehen. Linden und Kollegen (2004) haben in den vergangenen Jahren mit der "posttraumatischen Verbitterungsstörung" (posttraumatic embitterment disorder, abgekürzt

PTED) beschrieben. Eine PTED soll sich danach als Folge einer außergewöhnlichen, eigentlich jedoch lebensüblichen Belastung entwickeln. Als Beispiele werden Reaktionen auf einschneidende Veränderungen im beruflichen Bereich, zwischenmenschliche Konflikte wie Partnerschaftsprobleme oder Verlusterlebnisse benannt. Diese werden als ungerecht, kränkend oder herabwürdigend erlebt. Diese PTED ist durch Verbitterung, Entwicklung einer ausgeprägten psychischen Begleitsymptomatik, einem chronischen Krankheitsverlauf und erheblichen sozialmedizinischen Negativfolgen charakterisiert.

Auch bei politisch Verfolgten der SED-Diktatur ist häufiger ein stärkerer Verbitterungszustand mit Ungerechtigkeitsgefühlen zu beobachten. Mit der Reduzierung auf phänomenologische Aspekte – auf die auch vorhandenen Ungerechtigkeitsgefühle, die zudem eine reale gesellschaftliche Wurzel haben – würde man den politisch Verfolgten insofern Unrecht tun, als andere psychopathologische Phänomene wie das Wiedererleben von belastenden Erinnerungen (Intrusionen), Vermeidungsverhalten und angstbedingte Schlafstörungen (Hyperarousal) vernachlässigt würden und die auslösenden Bedingungen – massive Unrechtshandlungen in der DDR – in ihrer Auswirkung verharmlost würden.

*Dieser Inhalt muss geladen sein, um ihn drucken zu können. Zum Laden scrollen Sie auf der Website zu dem Inhalt und drucken Sie erneut.*

Persönliche Freiheit war in der DDR ein schwer erreichbares Ziel, außer in überschaubaren Nischen. Die laute Forderung nach Freiheit führte schnell zu Sanktionen. Wer sich nicht beugte, geriet leicht ins Visier der Staatssicherheit – für manch einen der Betroffenen mit Folgen bis heute.  
(© BStU)

Verbitterung würde bei politisch Verfolgten implizieren, dass sie einen an sich möglichen Verarbeitungszustand nicht erreicht hätten und deshalb verbitterten. Somit handelt es sich für politisch Verfolgte um eine eher unpassende diagnostische Einordnung, da hier Beschreibungen gemacht werden, die als wertend verstanden werden können.

Nach neuesten Forschungserkenntnissen der Psychotraumatologie ist es für politisch Verfolgte der ehemaligen DDR aus gesellschaftlichen und historischen Gründen heraus besonders schwer, die Folgen ihrer Traumatisierungen zu verarbeiten. Die Opfer politischer Verfolgung in der ehemaligen DDR schätzen die ihnen entgegengebrachte gesellschaftliche Anerkennung im Vergleich zu anderen Opfergruppen als am niedrigsten ein. So hat ein großer Teil unserer Klientel noch heute Schwierigkeiten, die Folgen von Inhaftierung, Zersetzung und Unterdrückung zu verarbeiten und einen Platz im wiedervereinigten Deutschland zu finden.

## **Auswirkungen politischer Verfolgung der SED-Diktatur auf die zweite Generation**

In ersten Ergebnissen einer noch nicht abgeschlossenen Untersuchung von Böhm (2012) wurden mit Hilfe von Fragebögen und biografisch-narrativen Interviews 64 Personen untersucht, deren Eltern aus politischen Gründen in der DDR inhaftiert waren. Untersucht wurden Aspekte der Eltern-Kind-Beziehung nach der elterlichen Haft und Haltungen zur innerfamiliären Kommunikation. Demzufolge sind Prozesse des Zusammenrückens oder der Distanzierung zu beobachten.

In einer empirischen Untersuchung von Klinitzke et al. (2012) wurden Nachkommen ehemals politisch inhaftierter Personen in Ostdeutschland auf Ängstlichkeit, Depressivität, Somatisierung und Posttraumatische Belastungssymptome untersucht. Danach gibt es Hinweise darauf, dass die Gruppe der Nachkommen politisch Inhaftierter in der SBZ und DDR im Durchschnitt in diesen psychischen Störungsbereichen signifikant stärker belastet ist als eine repräsentative alters-, geschlechts-, und bildungsparallelisierte Stichprobe der Allgemeinbevölkerung.

Auf Grundlage einer qualitativen Untersuchung des Autors wurde deutlich (Trobisch-Lütge, 2015), dass die Nachkommen politisch Verfolgter der SED-Diktatur in vielfältiger Weise in das Verfolgungsgeschehen ihrer Eltern involviert sind. Sie sind Zeuge und mitunter Leidtragende der anhaltenden Verfolgungssymptomatik ihrer Eltern. Dies drückt sich im sozialen Rückzug, hohem Misstrauen sowie der Verbitterung ihrer Eltern aus. Daher sind viele Nachkommen in eine Auseinandersetzung bzw. zu einer Rekonstruktion der elterlichen Verfolgungsgeschichte gezwungen. Zunehmend beantragen daher auch Kinder die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Stasiakten ihrer Eltern, sei es mit elterlicher Vollmacht oder aus eigenem Antrieb, wenn die Eltern zwischenzeitlich verstorben sind.

Über allem schwebt eine zusätzliche Verunsicherung. Eigenes Erleben der Nachkommen trifft auf nur bruchstückhafte, verunsichernde Erinnerungssegmente der Elterngeneration, die oft nur schwer zu vermittelnde Verfolgungspraktiken der Stasi erlitten hat. Das bewirkt, dass Zweifel am Gehalt der autobiographischen Erinnerungen entstehen. Familiäre Entscheidungs- und Verarbeitungsprozesse unter den Lebensbedingungen einer Diktatur, die auch den Umgang mit den eigenen Kindern betrafen, sowie Verfolgungserfahrungen der Elterngeneration, lassen sich aus Sicht der Nachkommen nur schwer voneinander unterscheiden. Zudem werden Rechtmäßigkeit und Angemessenheit der eigenen Erinnerung durch geschichtliche Relativierungsversuche im öffentlichen Raum bezüglich des Unrechtscharakters der DDR angezweifelt. Kein leichtes, unbelastetes Auflärungsfeld für beide Generationen.

---

**Aus der Stasi-Richtlinie 1/76 über "Zersetzung"**



## **2.6 Die Anwendung von Maßnahmen der Zersetzung**

### **2.6.1 Zielstellung und Anwendungsbereiche von Maßnahmen der Zersetzung**

Maßnahmen der Zersetzung sind auf das Hervorrufen sowie die Ausnutzung und Verstärkung solcher Widersprüche bzw. Differenzen zwischen feindlich-negativen Kräften zu richten, durch die sie zersplittert, gelähmt, desorganisiert und isoliert

und ihre feindlich-negativen Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend verhindert, wesentlich eingeschränkt oder gänzlich unterbunden werden. In Abhängigkeit von der konkreten Lage unter feindlich-negativen Kräften ist auf die Einstellung bestimmter Personen, bei denen entsprechende Anknüpfungspunkte vorhanden sind, dahingehend einzuwirken, dass sie ihre feindlich-negativen Positionen aufgeben und eine weitere positive Beeinflussung möglich ist. Zersetzungsmaßnahmen können sich sowohl gegen Gruppen, Gruppierungen und Organisationen als auch gegen einzelne Personen richten und als relativ selbstständige Art des Abschlusses Operativer Vorgänge oder im Zusammenhang mit anderen Abschlussarten angewandt werden...

## **2.6.2 Formen, Mittel und Methoden der Zersetzung**

Die Festlegung der durchzuführenden Zersetzungsmaßnahmen hat auf der Grundlage der exakten Einschätzung der erreichten Ergebnisse der Bearbeitung des jeweiligen Operativen Vorganges, insbesondere der erarbeiteten Ansatzpunkte sowie der Individualität der bearbeiteten Personen und in Abhängigkeit von der jeweils zu erreichenden Zielstellung zu erfolgen. Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;
- systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;
- zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;
- Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen;



- Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;
- Beschäftigung von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen mit ihren internen Problemen mit dem Ziel der Einschränkung ihrer feindlich-negativen Handlungen;
- örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze usw.

Bei der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen sind vorrangig zuverlässige, bewährte, für die Lösung dieser Aufgaben geeignete IM einzusetzen.

Bewährte Mittel und Methoden der Zersetzung sind:

- das Heranführen bzw. der Einsatz von IM, legendiert als Kuriere der Zentrale, Vertrauenspersonen des Leiters der Gruppe, übergeordnete Personen, Beauftragte von zuständigen Stellen aus dem Operationsgebiet, andere Verbindungspersonen usw.;
- die Verwendung anonymer oder pseudonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe usw., kompromittierender Fotos, z. B. von stattgefundenen oder vorgetäuschten Begegnungen;
- die gezielte Verbreitung von Gerüchten über bestimmte Personen einer Gruppe, Gruppierung oder Organisation;
- gezielte Indiskretionen bzw. das Vortäuschen einer Dekonspiration von Abwehrmaßnahmen des MfS;
- die Vorladung von Personen zu staatlichen Dienststellen oder gesellschaftlichen Organisationen mit glaubhafter oder unglaublicher Begründung.

Diese Mittel und Methoden sind entsprechend den konkreten Bedingungen des jeweiligen Operativen Vorganges schöpferisch und differenziert anzuwenden, auszubauen und weiterzuentwickeln.

## 2.6.3 Das Vorgehen bei der Ausarbeitung und Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen

Voraussetzung und Grundlage für die Ausarbeitung wirksamer Zersetzungsmaßnahmen ist die gründliche Analyse des Operativen Vorganges, insbesondere zur Herausarbeitung geeigneter Anknüpfungspunkte, wie vorhandener Widersprüche, Differenzen bzw. von kompromittierendem Material. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analyse hat die exakte Festlegung der konkreten Zielstellung der Zersetzung zu erfolgen.

Entsprechend der festgelegten Zielstellung hat die gründliche Vorbereitung und Planung der Zersetzungsmaßnahmen zu erfolgen. In die Vorbereitung sind – soweit notwendig – unter Wahrung der Konspiration die zur Bearbeitung des jeweiligen Operativen Vorganges eingesetzten bzw. einzusetzenden IM einzubeziehen. Die Pläne der Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen bedürfen der Bestätigung durch den Leiter der jeweiligen Haupt-/selbstständigen Abteilung bzw. Bezirksverwaltung/Verwaltung.

Pläne zur Durchführung von Zersetzungsmaßnahmen gegen Organisationen, Gruppen, Gruppierungen oder einzelne Personen im Operationsgebiet, Personen in bedeutsamen zentralen gesellschaftlichen Positionen bzw. mit internationalem oder Masseneinfluss sowie in anderen politisch-operativ besonders bedeutsamen Fällen sind mir bzw. meinem jeweils zuständigen Stellvertreter zur Bestätigung vorzulegen.

Die Durchführung der Zersetzungsmaßnahmen ist einheitlich und straff zu leiten. Dazu gehört die ständige inoffizielle Kontrolle ihrer Ergebnisse und Wirkung. Die Ergebnisse sind exakt zu dokumentieren.

Entsprechend der politisch-operativen Notwendigkeit sind weitere politisch-operative Kontrollmaßnahmen festzulegen und durchzuführen....

*Der komplette Wortlaut unter:* ➡ [http://www.demokratie-statt-diktatur.de/DSD/DE/Menschenwuerde/Dokumente/menschenwuerde\\_richtlinie-1-76/menschenwuerde\\_richtlinie-1-76\\_tabelle.html](http://www.demokratie-statt-diktatur.de/DSD/DE/Menschenwuerde/Dokumente/menschenwuerde_richtlinie-1-76/menschenwuerde_richtlinie-1-76_tabelle.html) [Link: [http://www.demokratie-statt-diktatur.de/DSD/DE/Menschenwuerde/Dokumente/menschenwuerde\\_richtlinie-1-76/menschenwuerde\\_richtlinie-1-76\\_tabelle.html](http://www.demokratie-statt-diktatur.de/DSD/DE/Menschenwuerde/Dokumente/menschenwuerde_richtlinie-1-76/menschenwuerde_richtlinie-1-76_tabelle.html)]

---

**Mehr zum Thema:** Stasi - was war das überhaupt? [Link:

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/218372/die-angstmacher-stasi-was-war-das/>]

# Literatur

Behnke, K. & Fuchs J. (Hrsg.). (1995). Zersetzung der Seele. Psychologie und Psychiatrie im Dienste der Stasi. Hamburg: EVA Europäische Verlagsanstalt.

Behnke, K. & Trobisch, S. (1998). Panik und Bestürzung auslösen. Die Praxis der »operativen Psychologie« des Staatssicherheitsdienstes und ihre traumatisierenden Folgen. In K.-D. Müller & A. Stephan (Hrsg.), Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen (S. 173–195). Berlin: Berlin Verlag.

Böhm, M. (2012). Was wird jetzt mit den Kindern? In M. Böick, A. Hertel & F. Kuschel (Hrsg.), Aus einem Land vor unserer Zeit. Berlin: Metropol.

Freyberger, H. J., Frommer, J., Maercker, A. & Steil, R. (2003). Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Expertengutachten als Broschüre herausgegeben von der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Frommer, J. (2002). Trauma, Autoaggression und psychische Erkrankung. In: A. Stephan (Hrsg.), 1945 – 2000 Ansichten zur deutschen Geschichte. 10 Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer der politischen Herrschaft 1945-1989, (S. 119-130). Leverkusen: Leske und Budrich.

Fuchs, J. (2009[1978]). Vernehmungsprotokolle. Berlin: Jaron.

Gneist, G., Heydemann, G. (2002). "Allenfalls kommt man für ein halbes Jahr in ein Umschulungslager." Nachkriegsunrecht an Wittenberger Jugendlichen. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität Leipzig, Lehrstuhl

für Neuere und Zeitgeschichte (überarbeitete und erweiterte Neuauflage des 1998 unter gleichem Titel von Rocco Rübiger herausgegebenen Bandes)

Gurris, N. & Wenk-Ansohn, M. (2009). Folteropfer und Opfer politischer Gewalt. In A. Maercker (Hrsg.), Posttraumatische Belastungsstörungen (S. 477–499). Heidelberg: Springer.

Herman, J.L. (1993). Sequelae of prolonged and repeated trauma: Evidence for a complex posttraumatic syndrome (DESNOS). In: R.T. Davidson & E.B.Foa (Eds.), Posttraumatic stress disorder: DSM-IV and beyond (pp.213-228). Washington, DC: American Psychiatric Press.

Khan, M. R. (1963): Das kumulative Trauma. In: M. R Khan: Selbsterfahrung in der Therapie. München: Kindler.

Klinitzke, G., Böhm, M., Brähler, E. & Weißflog, G. (2012). Ängstlichkeit, Depressivität, Somatisierung und Posttraumatische Belastungssymptome bei den Nachkommen ehemals politisch inhaftierter Personen in Ostdeutschland (1945–1989). Psychother Psych Med, 62(1), 18–24.

Knorr, S. (2014). Psychologische Aspekte der Zwangsarbeit. In C. Sachse. Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension (S. 477–482). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Linden, M., Schippan, B., Baumann, K. & Spielberg, R. (2004). Die posttraumatische Verbitterungsstörung (PTED). Abgrenzung einer spezifischen Form der Anpassungsstörungen. Der Nervenarzt, 75(1), 51–57.

Maercker, A. (1995). Psychische Folgen politischer Inhaftierung in der DDR. Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte, B38/95, 30–38.

Maercker, A. & Schützwohl, M. (1997). Long-term effects of political imprisonment. A group comparison study. Soc Psychiatry Epidemiol, 32, 435–442.

Maercker, A., Gäbler, I. & Schützwohl, M. (2013). Verläufe von Traumafolgen bei ehemaligen politisch Inhaftierten der DDR. Ein 15-Jahres-Follow-up. Der Nervenarzt,

Müller, K.D.(1998). "Jeder kriminelle Mörder ist mir lieber..." Haftbedingungen für politische Häftlinge in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Veränderungen von 1945 – 1989. In: K.-D. Müller, A. Stephan, (Hrsg.), Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen (S. 15-136). Berlin: Berlin Verlag.

Pfüller, M., Beer, K., Schwarz, R., Weißflog, G. (2008).

Abschlussbericht zum Projekt Gesundheitliche und soziale Folgen politischer Inhaftierung in der SBZ/DDR, gefördert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin durchgeführt von den Politischen Memorialen e.V., Schwerin mit der Universität Leipzig, Abteilung Sozialmedizin.

Pingel-Schliemann, (2002). Zersetzen. Strategie einer Diktatur. (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs 8), Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

Priebe, S., Denis, D. & Bauer, M. (Hrsg.) (1996). Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR. Darmstadt: Steinkopff.

Sachse, C. Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur. Die wirtschaftliche und politische Dimension. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Sack, M., Sachsse, U. & Schellong, J. (2013). Komplexe Traumafolgestörungen. Stuttgart: Schattauer.

Siegmund, J. (2002). Opfer ohne Lobby? Ziele, Strukturen und Arbeitsweise der Verbände der Opfer des DDR-Unrechts. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

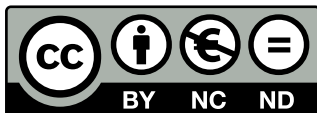
Süß, S. (1999). Politisch missbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Links, Berlin.

Trobisch-Lütge, Stefan (2004). Das späte Gift. Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Trobisch-Lütge, Stefan (2010). »Ich bin ein Haftfolgeschaden«. Protrahierte Unbestimmbarkeit in der Rekonstruktion traumatischer Erfahrungen bei den Nachkommen politisch Verfolgter der SED-Diktatur. Zeitschrift für Psychotraumatologie Psychotherapiewissenschaft Psychologische Medizin, 8(1), 41–51.

Trobisch-Lütge, St. (2015): Überwachte Vergangenheit: Auswirkungen politischer Verfolgung der SED-Diktatur auf die Zweite Generation. In: ders./Bomberg, K.-H. (Hg.): Verborgene Wunden: Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe, Gießen: Psychosozial, S. 195–244.

Zahn, H.-E. (2005). Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS – Psychologische Aspekte und biographische Veranschaulichung. Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 5, (5.Auflage).



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland" [Link: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>] veröffentlicht. Autor/-in: Stefan Trobisch-Lütge für bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen? [Link: <https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955/nutzungsrechte/>]